



Erfurt, den 22. Juni 2018

tlv: Ministerium konterkariert den Thüringenplan schon jetzt

Erfurt, 22.06.2018 – Als einen „klaren Widerspruch“ zu der im aktuell viel-diskutierten Thüringenplan angekündigten „neuen Führungskultur“ bezeichnet Rolf Busch, Landesvorsitzender des tlv thüringer lehrerverband, die aktuellen Stellenausschreibungen, die das Kultusministerium für die Schulämter Thüringen Ost, Süd und West vorgelegt hat. „Was dort schwarz auf weiß steht, konterkariert den Thüringenplan geradezu“, kritisiert Busch. „Neben der aktuellen Debatte um die mögliche Schließung der Grundschule in Ponitz ist das nun schon das zweite Vorkommnis dieser Art innerhalb weniger Tage. Es ist fraglich, ob der Thüringenplan je mehr sein wird als ein schönes Luftschloss.“

Anlass für die Kritik des tlv-Landesvorsitzenden bietet die Beschreibung der Aufgabenfelder für den oder die gesuchte/n *Referent/in im Arbeitsbereich 2 "Schulaufsicht und Schulentwicklung"*. Dort heißt es unter anderem:

- Prüfung der in den Schulen ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung von Unterrichtsausfall
- Treffen von Personalregulierungs- und unterrichtsorganisatorischen Maßnahmen zur Verhinderung von Unterrichtsausfall (z. B. Kurs- und Klassenzusammenlegungen, Planung von Abordnungen, Abweichungen von der Rahmenstundentafel)
- Anordnung angemessener Ausgleichsmaßnahmen, die die Möglichkeiten der Schulen zur Planung auf Grundlage der globalen Zuweisung von Lehrerwochenstunden einschränken
- Maßnahmeplanung für den fachspezifischen Personalbedarf u.a. im GU an allgemeinbildenden Schulen
- Organisieren besonderer Unterrichtsformen, die schulübergreifend und schulartübergreifend sein können (z. B. Klinik- und Hausunterricht, DAZ-Unterricht)

Dazu Busch: „Prüfen, anordnen, einschränken – das hat mit Beratung und Unterstützung nichts zu tun.“

Dabei, so Busch, heiße es im Thüringenplan wörtlich, dass es „eines aktiven Ideenmanagements und einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Schulen und Schulaufsicht“ bedürfe und dass „eine neue Führungskultur, die sich vom Gedanken der Ermöglichung und Unterstützung leiten lässt“, vonnöten sei. Schulaufsicht müsse, so der Thüringenplan, „dialogisch sein

und Beratung und Unterstützung umfassen“. Ferner gehöre zu einer effektiven staatlichen Schulverwaltung „eine wertschätzende, dialogische Kommunikationskultur gegenüber den weiteren Partnern im Schulbereich, die Raum für die Aufnahme von deren Problemsicht lässt“.

Hiervon sei in der aktuellen Ausschreibung für die drei Schulämter „absolut nichts“ zu spüren, bemängelt Busch. „Und das ist umso enttäuschender, als der wertschätzende Umgang miteinander die Behörden noch nicht einmal Geld kostet.“ Zahlreiche Maßnahmen, die zu einer Entlastung der Lehrer geführt hätten, seien bereits aus dem Entwurf gestrichen worden – vermutlich aus Kostengründen. „Diese Stellenausschreibung entsetzt mich. Hier soll also jemand eingestellt werden, der die Schulen in Sachen Unterrichtsausfall und bei der Umsetzung des immer noch aktuellen Monitorings auf Linie bringen soll. So habe ich mir Entlastung nicht vorgestellt. Das Gegenteil wird der Fall sein.“

Das Ministerium kündigte auf Nachfrage an, keine weiteren Stellenausschreibungen dieses Inhalts veröffentlichen zu wollen. Die aktuelle Ausschreibung werde man jedoch nicht zurücknehmen.